

Pseudo-Liberalisierung massiv ausgebaut. Mit Rücksicht auf die Reputation im Westen wurden die Methoden verfeinert und in gewisser Weise wirksamer.

Anfang 1970 wurde damit begonnen, Selbstschußgeräte vom Typ SM 70 an der Staatsgrenze zu installieren. Diese Apparate verschossen bei Berührung der Kontaktdrähte scharfkantige Projektile, die starke innere Verletzungen hervorriefen, so daß der Getroffene verblutete. Ende der siebziger Jahre wurden 35.000 dieser Todesautomaten installiert. Hinzu kamen Minenfelder und andere Tötungsanlagen.

Im Laufe der siebziger Jahre kam es außerdem zu mehreren spektakulären Zwischenfällen, wie der Erschießung von Michael Gartenschläger. Der ehemalige DDR-Häftling hatte die Absicht, eines dieser Selbstschußgeräte abzumontieren und es vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn am Fahnenmast hochzuziehen. Von Spitzeln wurde dieser Plan verraten, und in der für die Aktion vorgesehenen Nacht zum 1. Mai 1976 wurde Gartenschläger bereits von einem Exekutionskommando des MfS erwartet.

Besonders peinlich war ein Vorfall an der Grenzübergangsstelle Rudolfstein/Hirschberg am 5. August 1976. Ein italienischer Lastkraftwagenfahrer wurde dort auf dem Weg von seinem Fahrzeug zur Zollbaracke „irrtümlich“ über den Haufen geschossen. Der Tod des italienischen KP-Mitglieds fiel in die Zeit der Olympiade in Montreal, was den bösen Witz provozierte, die DDR bekäme noch eine Medaille „Schnellfeuer auf laufende Ziele“ nachgereicht.

Angesichts des KSZE-Prozesses war man daran interessiert, die Fälle brutaler Gewalt zu minimieren. Andererseits sollte die Grenze ihre abschreckende Wirkung auf potentielle Flüchtlinge behalten. So begann man, insbesondere die Vorfeldsicherung auszubauen. Durch ein tiefgestaffeltes System von Kontrollen und Sicherungen sollten Grenzverletzer bereits vor den Grenzanlagen dingfest gemacht werden. Ein ausgeklügeltes Überwachungssystem, unterstützt von Tausenden Spitzeln und freiwilligen Grenzhelfern, erlaubte es den Grenztruppen, auf den Schußwaffengebrauch zunehmend zu verzichten. Nur etwa zwanzig Prozent der Fluchtwilligen erreichten überhaupt das Sperrgebiet. Die Wanderkarten vom Harz und vom Thüringer Wald wurden künstlich verzerrt, um potentielle Grenzverletzer zu verwirren. Die Züge in Richtung Staatsgrenze wurden nach verdächtigen Personen kontrolliert, und nachts wurden die Badestrände an der Ostsee mit Flakscheinwerfern abgeleuchtet.

Es kam hinzu, daß sich die Selbstschußanlagen und Minenfelder technisch nicht bewährt hatten. Immer wieder wurden die Tötungsautomaten durch Wild ausgelöst, das elend in den Sicherungsanlagen verblutete. So konnte Erich Honecker getrost am 5. Oktober 1983 im Österreichischen Fernsehen den Abbau der Selbstschußanlagen verkünden. Bis 30. November 1984 wurden etwa 60.000 Tötungsautomaten abgebaut, und bis Ende 1985 verschwanden auch die Bodenminen.

Damit war die innerdeutsche Grenze sozusagen kosmetisch geliftet. Erich Honecker konnte in der westlichen Öffentlichkeit als Politiker der Vernunft und des guten Willens auftreten. Dem Milliardenkredit für die DDR stand nichts mehr im Weg.

2. Die „Republikflucht“

In den fünfziger Jahren sprach man von „türmen“, später sagte man „abhauen“ oder auf gut sächsisch „rübermachen.“ Im Westen sprach man etwas pathetisch von „Flucht“ und „Zonen-“ bzw. „DDR-Flüchtlingen.“ In der SED-Sprache bevorzugte man das unfreiwilligerweise doppeldeutige Kompositum „Republikflucht“, welches allerdings seit 1961 aus dem offiziellen Sprachgebrauch verschwand. Stattdessen hieß es in der Stasi-Sprache „ungesetzliches Verlassen der DDR.“¹ Im Strafgesetzbuch der DDR nannte man den Straftatbestand „ungesetzlichen Grenzübertritt“, versuchte aber den Gesetzestext so zu formulieren, daß auch Fälle erfaßt wurden, in denen von einem ungesetzlichen Grenzübertritt keine Rede sein konnte.² So waren auch der Übertritt von einem Drittland in die Bundesrepublik oder in einen anderen Staat sowie die Nichtrückkehr von einer genehmigten Reise strafbar.³

Keiner der Begriffe erfaßt das mentale Ausmaß dieser existentiellen und in aller Regel unwiderruflichen Entscheidung. Es handelte sich ja nicht um eine einfache Änderung des Wohnsitzes. Man brach alle Brücken hinter sich ab, nahm es bewußt in Kauf, Eltern, Freunde und Verwandte auf unabsehbare Zeit nicht mehr wiedersehen zu können, stürzte diese oft in berufliche Schwierigkeiten und ließ sein Eigentum zurück. Was für manche ebenfalls schwer wog, war das Zurücklassen der Heimat, der vertrauten Umwelt und auch der Hoffnung auf eine sozialistische Utopie, für die sie Benachteiligungen und sogar Gefängnisstrafen hingenommen hatten. Gerade Intellektuelle fühlten sich oft Jahre nach ihrer Übersiedlung in den Westen immer noch als DDR-Bürger im Exil.

Die Frage „gehen oder bleiben“ hat wohl niemand auf eine bessere Formel gebracht als Wolf Biermann. Kurz vor seiner Ausbürgerung wählte er in einem Gedicht die Spiegelung des Himmels im Wasser zur Metapher für die zerrissenen Biographien in dem zerrissenen Land, und endete mit den Worten: „Ich möchte am liebsten weg sein. Und bleibe am liebsten hier.“⁴

In der geheimen Jahreszusammenfassung 1988 – des letzten „normalen“ Jahres der DDR – ist u. a. aufgelistet, daß die Zahl der „Versuche des Grenzdurchbruchs in Richtung BRD, BERLIN (WEST) und Offenes Meer“ gegenüber

1 Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, hrsg. v. Siegfried Suckut (= Analysen und Dokumente), Berlin 1996, S. 377 u. a.

2 Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik (StGB), hrsg. vom Ministerium für Justiz, 7. überarbeitete Aufl. Berlin 1984, § 213.

3 Ebd., Abs. 2.

4 Biermann, Wolf, Alle Lieder, Köln 1991, S. 280.